

Ansgar Klein

Engagementpolitik und Demokratiep Politik

Entwicklungsstand und Herausforderungen der neuen Politikfelder¹

In der Folge der Enquete-Kommission zur »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« haben sich über die Aktivitäten von Bund, Ländern und Kommunen die neuen und fragilen Politikfelder der »Engagementpolitik« wie auch – damit eng verbunden – der »Demokratiepolitik« entwickelt. Der Beitrag gibt einen Überblick über die neuen Politikfelder und ihre aktuellen Themen und Herausforderungen.

1 Engagementpolitik als neues Politikfeld

Die Enquete-Kommission zur »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« kann als Initialzündung für die Entstehung der eng miteinander zusammenhängenden neuen Politikfelder einer Engagement- und Demokratiep Politik gelten. Unmittelbar im Anschluss an die Kommissionsarbeit wurde ein – bis heute bestehender – Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement im Deutschen Bundestag konstituiert. Dessen Mitglieder haben 2021 gefordert, in der neuen Legislaturperiode zu den Themen der Engagement- und Demokratiep Politik einen regulären Ausschuss im Deutschen Bundestag einzusetzen (was nicht erfolgt ist).

Das für Engagementpolitik federführende Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) stärkte in seinen Strukturen den Bereich der Engagementförderung und hat diesen mittlerweile über den Zwischenschritt einer Unterabteilung zu einer eigenen Hauptabteilung »Demokratie und Engagement« fortentwickelt, die die engen Bezüge von Engagement und Teilhabe herstellt.

Verstärkt wurde sowohl die ressortübergreifende Abstimmung zu Engagement- und Teilhabeförderung als auch zu Querschnittsthemen. Zudem wurde die Abstimmung mit den 16 Ländern durch eine regelmäßig tagende Bund-Länder-Gruppe intensiviert.

Die Ressortabstimmung hat mit der 2020 gegründeten Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) als öffentlich-rechtliche Stiftung eine Intensivierung erfahren. Die Politik der neuen öffentlich-rechtlich verfassten Stiftung wird freilich, anders, als von den Akteuren der Zivilgesellschaft gefordert, nicht durch die Zivilgesellschaft, sondern maßgeblich vom BMFSFJ zusammen mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) – im

¹ Der Beitrag greift in Ausschnitten zurück auf den Beitrag des Autors »Engagementpolitik und Demokratiep Politik. Ein einführender Überblick zu Entwicklungsstand und Herausforderungen der neuen Politikfelder« in Heft 1-2022 des Forschungsjournals Soziale Bewegungen, De Gruyter. Siehe auch: <https://forschungsjournal.de/>

Bund zuständig für Teilhabeförderung, politische Bildung, Katastrophenschutz etc. – und dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) gesteuert. Zudem wurde die Abstimmung mit den 16 Ländern durch eine regelmäßig tagende Bund-Länder-Gruppe intensiviert.

Das Berichtswesen zu Engagement und Beteiligung hat sich systematisch entwickelt. Individualdaten zu Engagement stehen zur Verfügung über den Freiwilligenurvey (BMFSFJ 2016). Organisationsdaten zur Zivilgesellschaft erhebt das Projekt »Zivilgesellschaft in Zahlen« (Ziviz) beim Deutschen Stifterverband. Der Engagementbericht der Bundesregierung erscheint mit Schwerpunktthema einmal pro Legislaturperiode.

Impulse der Ampel-Koalition zur Engagement- und Teilhabeförderung

Für die neue Legislaturperiode der Ampel-Koalition wurden die Entwicklung einer »Nationalen Engagementstrategie« zusammen mit der Zivilgesellschaft, von der SPD-Fraktion zudem die Einrichtung einer Enquete-Kommission zu »Demokratie- und Engagementpolitik« im Bundestag gefordert. Zudem besteht mit dem von der Koalition angekündigten Demokratiefördergesetz die Chance, Infrastrukturen für Engagement und Beteiligung strukturell zu fördern und abzusichern.

Länder und Kommunen

Ohne Zweifel findet ein Großteil allen Engagements in Städten und Kommunen statt. Vor diesem Hintergrund ist es von herausragender Bedeutung, dass dort seitens von Politik und Verwaltung entsprechende Leitbilder (»Bürgerkommune«) vorliegen und kompetente und stabile Infrastruktureinrichtungen das vielfältige Engagement wie auch Partizipationsprozesse unterstützen und begleiten. Die Adressierung der lokalen Sozialräume ermöglicht niedrigschwellige Zugänge und inklusive Handlungsräume und lokale Bildungslandschaften können den Lernraum Engagement erschließen.

Auf Länderebene ist ein wichtiges Ziel die operative Stärkung des Austausches der 16 Länder mit den zivilgesellschaftlichen Netzwerken auf Länderebene in den Feldern der Engagement- und Demokratiep politik. Das BBE arbeitet daran im Rahmen einer Stärkung seines »Länderforums«.

2. Unzivilere Entwicklungen in der Zivilgesellschaft

In den Handlungsräumen der Zivilgesellschaft stoßen wir freilich auch auf eine wachsende Anzahl von Akteuren, deren Handlungsorientierungen (Hass, Intoleranz, Gewalt) als unzivil und antidemokratisch bezeichnet werden müssen (vgl. Roth 2003). Daher ist es im Sinne einer zivilgesellschaftlichen Verantwortung für die eigenen Handlungsräume und -grundsätze notwendig, Kriterien zur Beurteilung der zivilgesellschaftlichen Qualität des Handelns zu formulieren.

Rupert Graf Strachwitz hat vor diesem Hintergrund »Kriterien einer guten Zivilgesellschaft« zusammengefasst: Auszugehen ist vom Prinzip der zivilgesellschaftlichen Selbstorganisation,

das sich aus dem Verständnis des Menschen in seiner grundsätzlichen Freiheit begründet und dieses Verständnis auch auf die diese Freiheiten ermöglichende staatliche Ordnung überträgt. Daraus leiten sich der Grundsatz einer umfassenden Subsidiarität, der Respekt vor anderen Positionen und Lebensentwürfen sowie ein grundlegendes Bekenntnis zu einer pluralistischen Gesellschaft ab. In einem »gewissen Umfang sogar justitiabel« erscheinen als Kriterien ferner folgende Grundprinzipien: Menschen- und Bürgerrechte, Herrschaft des Rechts, Demokratie und kulturelle Vielfalt. Wer sich zu alldem nicht bekennen kann, wird kaum als gute Zivilgesellschaft Akzeptanz finden. Zu diesen fundamentalen Prinzipien treten weitere, die Gegenstand von Diskussionen sind. Hierzu zählen beispielsweise das Recht auf freie Assoziation, das Bekenntnis zu Transparenz und der Grundsatz der offenen Gesellschaft, wonach Akteure, die für das Gemeinwohl zu arbeiten vorgeben, der Öffentlichkeit ihre Ziele, Finanzierung und Entscheidungswege offenzulegen haben (vgl. Strachwitz 2018: 5).

3. Digitalisierung und Demokratie

Auch die Folgen der Digitalisierung unserer Kommunikationsräume sind für die Demokratie einschneidend:

»Die Digitalisierung verändert unsere Art zu kommunizieren. Während im analogen persönlichen Austausch das Gegenüber bekannt oder zumindest erkennbar ist, bietet der digitale Raum zahlreiche Möglichkeiten des anonymen und pseudonymen Austauschs. Anonymität im Netz bedeutet einerseits Wahrung des Rechts auf informelle Selbstbestimmung und Selbstschutz zur freien Meinungsäußerung. Andererseits scheint gerade im digitalen Raum die »analoge« Netiquette der Kommunikation keine tragende Rolle mehr zu spielen. »Hate Speech«, Desinformation, Trolle und »Fake-Profile« sind keine Fremdbegriffe mehr, sondern tagtägliche Realität in den sozialen Netzwerken. Wissen ist wie nie zuvor abruf- und überprüfbar, zeitgleich nehmen aber Phänomene wie Anti-Intellektualismus und Verschwörungserzählungen zu.« (Embacher/ Milovanovic/ Staiger 2021)

Zudem stellen die neuen digitalen Kommunikationspraktiken und die damit verbundenen Technologien unser bisheriges Verständnis wie auch die alltäglichen Routinen von Privatheit grundlegend in Frage. Es kommt zu einer Infiltration des digitalen Raumes mit einer stetig wachsenden Zahl von Meldungen aus bislang privaten Sphären. Doch Demokratie benötigt private Schutzräume und die Privatheitsansprüche von Individuen erfordern Demokratie und Rechtsstaat (siehe dazu den von Sandra Seubert und Paula Helm eingeleiteten Sonderschwerpunkt »Privatheit und Demokratie« im Forschungsjournal Soziale Bewegungen 2017).

4. Demokratisierung der repräsentativen Demokratie

Das Programm einer »Demokratisierung der repräsentativen Demokratie« bleibt insgesamt eine notwendige Aufgabe (ausführlich dazu Klein/ Roose/ Kuleßa 2018). Den neuen Politikfeldern der Engagement- und Demokratiepoltik kommt dabei eine wesentliche Bedeutung zu. Das mögliche Spektrum einer Demokratisierung der repräsentativen Demokratie ist breit und

das Potential institutioneller Reformen im Kernbereich der Demokratie ist keineswegs erschöpft. Auch eine Reform des Parteiensystems scheint ohne Einbezug des intermediären Raums mit seinen vielfältigen zivilgesellschaftlichen Akteuren, ohne Einbezug der neueren Entwicklungen von Engagement- und Demokratiepoltik nicht vorstellbar. Politisches Lernen kann in Handlungs- und Erfahrungsbezügen zivilgesellschaftlicher Praxis, die sich ihrer Werte und Spielregeln bewusst ist und diese auch reflektiert, zur Ausbildung prodemokratischer Werte, Haltungen und Motive beitragen.

Das Leitbild der Bürgerkommune

Für die Verwaltungen insbesondere in Kommunen und Landkreisen ist es von besonderer Bedeutung, dass die jeweiligen Verwaltungsspitzen und politischen Spitzen (Oberbürgermeister und Landräte) Engagement und Partizipation ausdrücklich unterstützen. Die Kommunale Gemeinschaftsstelle KGSt in Köln hat das Leitbild der »Bürgerkommune« in diesem Zusammenhang ausdrücklich empfohlen, das in den 1990er Jahren zunächst gegenüber dem Leitbild eines »neuen Steuerungsmodells« in den Hintergrund getreten ist, das Bürgerinnen und Bürger v.a. als Kunden adressierte. Das Leitbild der »Bürgerkommune« sieht sie demgegenüber v.a. als Mitproduzenten und Mitgestalterinnen.

»Das Leitbild der Bürgerkommune muss Bestandteil eines fachbereichsübergreifenden Arbeitsprinzips sein. Entscheidend ist, dass bürgerschaftliches Engagement, Beteiligung, Transparenz und Zusammenarbeit in Netzwerken in ihren vielfältigen Ausdrucksformen und in ihrer gesamten Breite gefördert werden. Die Förderung muss als übergreifender Ansatz verstanden werden, der sowohl traditionelle Formen einbezieht als auch neue Formen ermöglicht und fördert. Zu diesen neuen Formen gehört auch E-Partizipation. Zielgruppenorientiert ausgerichtet und mit den notwendigen Kompetenzen im Web 2.0 abgesichert, ist E-Partizipation ein sinnvolles Instrument, das in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen wird. Die KGSt empfiehlt, entsprechende Kompetenzen und Ressourcen aufzubauen und bei jedem Beteiligungsprojekt zu prüfen, ob E-Partizipation als Bestandteil einer Multikanalstrategie eingesetzt werden kann.« (KGSt 2014; zur Bürgerkommune siehe systematisch Roß 2012)

Zufallsgenerierte Bürgerräte drohen das Wissen der organisierten Zivilgesellschaft zu verdrängen

Hohe Aufmerksamkeit bis in den Deutschen Bundestag erfährt aktuell das Modell der Bürgerräte, dass v.a. die Organisation »Mehr Demokratie« erfolgreich promoviert. Dieses auf die »Planungszelle« von Peter Dienel (1978) zurückgehende Instrument der »deliberativen Demokratie« setzt auf durch Zufallsauswahl generierte Teilnehmende, die unter Rückgriff auf bereitgestellte Expertise Handlungsempfehlungen abgeben.

Wenn aber durch die öffentliche Hand organisierte Beteiligungsprozesse lokal, regional, national oder europäisch (»Europäischer Zukunftskongress«) künftig v.a. mit solchen zufallsgeneriert besetzten Bürgerräten durchgeführt würden, drohen freilich die Stimmen und Kompetenzen einer sich vielfältig selbst organisierenden Zivilgesellschaft systematisch marginalisiert

zu werden. Es kommt also auf die kluge Nutzung der Bürgerräte an, die für vieles ein geeignetes Instrument sind (Nanz/ Leggewie 2016; Roth 2020).

Literatur

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hg.) 2000: Freiwilliges Engagement in Deutschland. Freiwilligensurvey 1999, 3 Bde., Stuttgart: Kohlhammer.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hg.) 2009: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung: Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland, Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hg.) 2010: Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009 - Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004-2009, Berlin <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationen,did=165004.html>

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hg.) 2012: Für eine Kultur der Mitverantwortung. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend (BMFSFJ) (Hg.) 2016: Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hg.) 2017: Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement. Der Beitrag zur lokalen Entwicklung. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hg.) 2020: Zukunft Zivilgesellschaft. Junges Engagement im digitalen Zeitalter. Berlin.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) 2021: Engagementpolitische Empfehlungen des BBE 2021. Berlin: <https://www.b-b-e.de/aktuelles/detail/engagementpolitische-empfehlungen-des-bundesnetzwerks-buergerschaftliches-engagementfuer-ein-regierungsprogramm-der-20-legislaturperiode/>

Civicus/ Brot für die Welt (Hg.) 2021: Atlas der Zivilgesellschaft. Freiheitsrechte unter Druck. Schwerpunkt Corona. Zahlen. Analysen. Interviews. Weltweit. Berlin.

Dienel, Peter 1978: Die Planungszelle. Eine Alternative zur Establishment-Demokratie. Opladen.

Embacher, Serge 2012: Baustelle Demokratie. Die Bürgergesellschaft revolutioniert das Land. Hamburg.

Embacher, Serge/ Milovanović, Dana/ Staiger, Teresa 2021: Policy Paper Digitalisierung und Demokratie des BBE-Forums »Digitalisierung und Engagement« (Stand 29.5.2021). Berlin.

Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements«/ Deutscher Bundestag (Hg.) 2002: Bericht. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Opladen: Leske+Budrich.

Forschungsjournal Soziale Bewegungen 2018: Zukunft der Demokratie. Jg. 31, Heft 1-2,4-417. Berlin.

Hartnuß, Birger/ Hugenroth, Reinhild/ Kegel, Thomas (Hg.) 2013: Schule der Bürgergesellschaft. Bürgerschaftliche Perspektiven für moderne Bildung und gute Schulen. Schwalbach/Ts.

Klein, Ansgar 1996: Reflexive Demokratie. Die demokratische Transformation moderner Politik. Rezension. Forschungsjournal Soziale Bewegungen Jg. 8, Heft 3, 124-128.

Klein, Ansgar/ Schmalz-Bruns, Rainer 1997: Herausforderungen der Demokratie. Möglichkeiten und Grenzen der Demokratisierung. In: Dies. (Hg.), Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen. Baden-Baden/Bonn, 7-38.

Klein, Ansgar 2001: Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Kontexte und demokratietheoretische Bezüge der neueren Begriffsverwendung, Opladen: Leske+Budrich

Klein, Ansgar 2013: Politische Bildung. In: Hartnuß, Birger/ Hugenroth, Reinhild/ Kegel, Thomas (Hg.), Schule der Bürgergesellschaft. Bürgerschaftliche Perspektiven für moderne Bildung und gute Schulen. Schwalbach/Ts., 113-123.

Klein, Ansgar 2013a: Momentaufnahmen und Impressionen des Protests. Rezension von Marg, Stine/ Geiges, Lars/ Butzlaff, Felix/ Walter, Franz (Hg.): Die neue Macht der Bürger? Was motiviert die Protestbewegungen? BP –Gesellschaftsstudie, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 2013, in: BBE-Newsletter Nr. 8/2013 unter <http://www.b-b-e.de/index.php?id=archiv-des-newsletters>.

Klein, Ansgar 2013b: Bürgerschaftliches Engagement und Engagementförderung: Rückblick und Ausblick. In: Wegweiser Bürgergesellschaft, Newsletter der Stiftung Mitarbeit, Bonn (21. Juni 2013)

Klein, Ansgar/ Sprengel, Rainer/ Neuling, Johanna (Hg.) 2013c: Jahrbuch Engagementpolitik 2013. Staat und Zivilgesellschaft, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, Bd. 1 der BBE-Buchreihe »Engagement und Partizipation in Theorie und Praxis«.

Klein, Ansgar /Priller, Eckhard/ Strachwitz, Rupert 2014: Wir brauchen ein Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung. Ein Dossier. Opusculum Nr. 75, August 2014, Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft.

Klein, Ansgar/ Schwalb, Lilian 2014: Bürgerschaftliches Engagement als Lernfeld und Bildungs-ort. Eine vielfältige kommunale Bildungslandschaft ermöglicht politische Teilhabe. Erwachsenenbildung Heft 4, 21-23.

Klein, Ansgar/ Olk, Thomas 2015: Transsektorale Vernetzung und assoziative Demokratie. Erfahrungen des BBE. In: ders./ Sprengel, Rainer/ Neuling, Johanna (Hg.): Jahrbuch Engagementpolitik 2015. Wochenschau: Schwalbach/Ts., S. 77-95.

Klein, Ansgar 2016: Bürgerschaftliches Engagement und politische Partizipation. In: ders./ Sprengel, Rainer/ Neuling, Johanna (Hg.): Jahrbuch Engagementpolitik 2016. Wochenschau: Schwalbach/Ts., 131-139.

Klein, Ansgar/ Roose, Jochen/ Kuleß, Peter 2018: Zukunft der Demokratie. Editorial. Forschungsjournal Soziale Bewegungen Juni 2018, 4-7.

Klein, Ansgar 2020a: Demokratietheorie: Diskussionsstand und Entwicklungsbedarfe. Sammelrezension. BBE-Newsletter 17/2020.

Klein, Ansgar 2020b: Stellungnahme im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement des Deutschen Bundestages am 6.10.2020 zu den Bürgerräten. In: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw41-pa-buergerschaftliches-engagement-793926>

Klein, Ansgar 2021: Überlegungen zum Begriff der Zivilgesellschaft. In: ders./ Sprengel, Rainer/ Neuling, Johanna (Hg.): Jahrbuch Engagementpolitik 2021. Frankfurt/M.: Wochenschau, S. 84-95.

Klein Ansgar 2022: Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE). Gründungsgeschichte und aktuelle Entwicklungen. Ein Überblick. In: Klein, Ansgar/ Sprengel, Rainer/ Neuling, Johanna (Hg.), Jahrbuch Engagementpolitik 2022 (in Vorbereitung).

Kommunale Gemeinschaftsstelle (KGSt) 2014: Leitbild Bürgerkommune. Entwicklungschancen und Umsetzungsstrategie (3/2014). <https://www.kgst.de/dokumentdetails?path=/documents/20181/93581/20140425A0011.pdf/cdbc9c7b-abab-412c-bceb-9535a9c59094> (eingesehen am 26.07.21)

Nanz, Patricia/ Leggewie, Claus 2016: Die Konsultative. Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung. Berlin.

Olk, Thomas/ Hartnuß, Birger 2011: Bürgerschaftliches Engagement, in: dies (Hg.): Handbuch Bürgerschaftliches Engagement, Weinheim und Basel: Juventa, S.145-161.

Olk, Thomas/ Klein, Ansgar/ Hartnuß, Birger (Hg.) 2010: Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe, Wiesbaden: VS-Verlag.

Roß, Paul-Stefan 2012: Demokratie weiterdenken. Reflexionen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements in der Bürgerkommune. Baden-Baden.

Roth, Roland 2000: Bürgerschaftliches Engagement – Formen, Bedingungen, Perspektiven, in: Zimmer, Annette/ Nährlich, Stefan (Hg.): Engagierte Bürgerschaft. Traditionen und Perspektiven, Opladen: Leske+Budrich, S. 25-48.

Roth, Roland 2003: Die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 16, Heft 2, S. 59-73.

Roth, Roland 2004: Engagement als Resource. Möglichkeiten und Grenzen der Selbstorganisation von benachteiligten Bevölkerungsgruppen. In: Matthies, Aila-Leena/ Kauer, Kathleen (Hg.): Wiege des sozialen Kapitals. Bürger-Engagement und lokale Ökonomie in einem ost-deutschen Stadtteil, Bielefeld: Kleine Verlag, S. 175-188.

Roth, Roland/ Rucht Dieter (Hg.) 2008: Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt a. M./New York: Campus.

Roth, Roland 2010: Engagementförderung als Demokratiepoltik: Besichtigung einer Reformbaustelle, in: Olk/ Klein/ Hartnuß (Hg.) 2010: S. 611-635.

Roth, Roland 2011: Bürgermacht. Eine Streitschrift für mehr Partizipation. Hamburg und Berlin: Edition Körber und Bundeszentrale für politische Bildung.

Roth, Roland 2020: Auf der deliberativen Welle reiten? Anmerkungen zur Karriere von Losverfahren in der Bürgerbeteiligung. In: eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 02/2020 vom 02.07.2020.

Seubert, Sandra/ Helm, Paula 2017: Privatheit und Demokratie. Forschungsjournal Soziale Bewegungen Jg. 30, Heft 2, 120-123.

Spengler, Norman/ Priemer, Jana 2011: Daten zur Zivilgesellschaft. Eine Bestandsaufnahme. Zivilgesellschaft in Zahlen. Band 2, <http://www.ziviz.info/publikationen/publikationen-und-materialien/>.

Strachwitz, Rupert Graf 2018: Zivilgesellschaft – immer gut? Berlin.

Strachwitz, Rupert Graf/ Priller, Eckhard/ Triebe, Benjamin 2020: Handbuch Zivilgesellschaft. Berlin/Boston.

Zimmer, Annette/ Simsa, Ruth (Hg.) 2014: Forschung zu Zivilgesellschaft. NPOs und Engagement. Quo vadis? Wiesbaden.

Autor:

***PD Dr. Ansgar Klein** ist Gründungsgeschäftsführer des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Privatdozent für Politikwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin (Lehrstuhl Politische Theorie) und Publizist. 2000-2002 wissenschaftlicher Koordinator der SPD-Bundestagsfraktion für die Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements«. Mitbegründer des 1988 gegr. Forschungsjournal Soziale Bewegungen (De Gruyter, Berlin); geschäftsführender Hg. der Buchreihen »Bürgergesellschaft und Demokratie« im Springer VS Verlag (Wiesbaden) und der Schriftenreihe des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement »Engagement und Partizipation in Theorie und Praxis« im Wochenschau-Verlag (Frankfurt/M.).*

Kontakt: ansgar.klein@b-b-e.de

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de